

Antrag 4

1 **Leitantrag an die 1. Tagung des 6. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen**

2

3 Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand, Volker Hinck, Paul Wellsow

4

5 **Sozial, demokratisch und sozialistisch: Für eine starke Linke!**

6

7

8 Am 27. September 2017 haben die Wählerinnen und Wähler die Koalition aus CDU/CSU und SPD
9 abgewählt. Die Parteien in der Regierung haben Millionen Stimmen verloren. Die Verluste der CSU
10 sind besonders drastisch: ein Minus von 10,5 Prozent. Massiv hat die CDU/CSU Stimmen an die
11 extrem rechte AfD verloren. Die Wahl war eine Wahl gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Doch sie
12 wurde nicht wegen ihrer Politik der sozialen Spaltung abgewählt, sondern wegen der - mit ihrem
13 Namen verbundenen - Flüchtlingspolitik. Vor der Wahl war ihr eine deutlich höhere Zustimmung
14 prognostiziert worden. Doch die „Anti-Merkel“-Stimmung, die selbst Gewalttaten von rechts gegen
15 CDU-Mitglieder beförderte, hat ihrer Partei massiv geschadet. Verschärfend dürfte die teils unklare
16 Positionierung und Abgrenzung der CDU/CSU gegenüber der AfD und ihren Positionen gewirkt haben.
17 Gerade dort, wo die Union Standpunkte der Rechtspartei prononciert übernahm (etwa in Bayern und
18 Sachsen), waren die Verluste an die AfD besonders deutlich.

19

20 In Thüringen hat die CDU landesweit und flächendeckend massive Verluste erlitten. Sie verlor etwa 10
21 Prozentpunkte. Offenbar belohnen Wähler_innen den Dagegen-Kurs und den politischen Krawall
22 unter dem Vorsitzenden Mike Mohring nicht. Gegen alles zu opponieren und keine Vorschläge für die
23 Gestaltung Thüringens einzubringen, führt zu keinem Erfolg. Auch der zeitweise Flirt mit der AfD
24 gegen Rot-Rot-Grün im Parlament und auf der Straße sowie die Versuche, mit einem zahnlosen
25 „Heimatministerium“, konservativen Gesinnungsaufsätzen oder hysterischen Ausfällen gegen den
26 LINKEN-Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zu punkten, führten bisher ins Leere. Konstruktive Politik
27 ist nicht mehr auszumachen. Die Daueropposition gegen #r2g ist kein Erfolgsrezept, sonst hätten die
28 Verluste der Linkspartei zu einer Stärkung der CDU führen müssen.

29

30 Für DIE LINKE Thüringen ist klar: Die CDU ist auch einer der politischen Partner bei der Verteidigung
31 von Demokratie, Parlamentarismus und Rechtsstaat gegen immer schrillere Töne von rechts. Tätliche
32 Angriffe gegen Politiker_innen und Wahlkämpfer_innen der CDU sind auch Angriffe auf in anderen
33 demokratischen Parteien und Zusammenhängen politisch Engagierte. Gleichwohl ist die CDU mit
34 ihrer konservativen Politik, die in die Vergangenheit zurück will, ihrem Filz und ihrem Kurs der
35 sozialen Spaltung und Bereicherung der oberen Teile der Gesellschaft unser zentraler Kontrahent in
36 der politischen Auseinandersetzung um eine gute Zukunft für die Thüringerinnen und Thüringer. Uns
37 scheidet die Frage: Wollen wir Gesellschaft fortschrittlich gestalten oder konservativ verwalten?

38

39 Auch die SPD erlebte zur Bundestagswahl einen Absturz sondergleichen. Ihr Ergebnis zeigt, dass sie
40 derzeit kaum mehr über die für eine klassische Volkspartei notwendige Basis verfügt. Für DIE LINKE ist
41 die SPD als politischen Partner notwendig, wollen wir gesellschaftliche und politische Mehrheiten
42 links der Union schaffen. Setzt sich die Entwicklung der SPD jedoch fort, werden wir uns darauf
43 einstellen müssen, die Partei auf mittlere Sicht politisch zu beerben, soll es dauerhaft eine starke und
44 handlungsfähige Linke geben. Auch in Thüringen hat die SPD verloren. Auch hier sind die SPD sowie
45 Bündnis90/Die Grünen für uns wichtige Partner, für eine soziale und progressive Politik insbesondere
46 im Parlament, aber auch außerparlamentarisch in der Gesellschaft.

47

48 Die Demoskopien lagen im Vorfeld der Bundestagswahl wieder einmal falsch: Die Abwahl der großen
49 Koalition, die Verluste der Regierungsparteien und die Erfolge der kleineren Parteien sprechen gegen
50 einen vorherrschenden Wunsch nach politischer Stabilität und einfachem „Weiter-so“. Doch der
51 Wunsch nach Veränderung war in diesem Fall keine Forderung nach progressiver Politik, der zum
52 Beispiel in einer stärkeren LINKEN oder einer Mehrheit für Rot-Rot-Grün Ausdruck hätte finden

53 können. Es war der Wunsch nach einem verschärften Kurs in Fragen von innerer Sicherheit,
54 Zuwanderung und der Formulierung deutscher Interessen in Konkurrenz zu anderen Menschen –
55 sowohl nach Außen, zum Beispiel im Kurs der FDP gegenüber Südeuropa, als auch nach Innen, zum
56 Beispiel in den Forderungen von Union und AfD in der Migrationspolitik. Es war der Wunsch nach
57 reaktionärer Veränderung. Es war der irrationale Glaube, eine Stimme für die AfD könnte Merkel aus
58 dem Kanzleramt vertreiben.

59
60 Der Einzug einer extrem rechten Fraktion in den Deutschen Bundestag war eine Zäsur – eine Zäsur
61 mit Ansage. Denn die Stärke der AfD war vorhersehbar. Die vergangenen Landtagswahlen in Ost und
62 West, die mediale Dauerpräsenz der Rechtspartei und die völlige Überlagerung anderer politischer
63 und sozialer Themen durch die reaktionären Themen der AfD machten die Entwicklung klar. Der
64 Aufstieg der AfD ist mitverantwortlich, aber nicht allein entscheidend, für das schlechte Abschneiden
65 der LINKEN in den fünf neuen Bundesländern.

66
67 Die Hoffnung, dass sich die AfD wie andere Parteien der extremen Rechten selber zerstören wird oder
68 sie allein durch das Enttarnen ihres rechten und teils neofaschistischen Kerns zu schwächen ist, geht
69 fehl. Die Partei wird mehrheitlich nicht gewählt, obwohl sie rechts und rassistisch ist, sondern weil sie
70 rechts und rassistisch ist. Wir müssen davon ausgehen, dass die AfD in weiten Teilen Deutschlands
71 mittlerweile verankert ist und nicht mehr einfach zurückgedrängt werden kann. Für DIE LINKE heißt
72 das aber nicht, die Partei zu akzeptieren oder den Fehler zu begehen, sich ihren Themen oder ihrem
73 Agieren zu öffnen. Antifaschismus und Antirassismus sind ein Kern unserer Partei.

74
75 Überdurchschnittliche Stärken der AfD finden wir in den neuen Bundesländern und in weiten Teilen
76 des Südwestens der Bundesrepublik. Es ist notwendig, Rassismus und rechte Einstellungen als
77 zentrales Motiv bei der Wahl der AfD zu analysieren, ohne dabei moralische und politische
78 Überheblichkeiten gegenüber den Wähler_innen an den Tag zu legen und Türen für Dialog und
79 Veränderungen mit ihnen zuzuschlagen. Ein Ziel muss es sein, nicht-rassistischen Protest weiterhin
80 und wieder von links zu forcieren. Auch der Hinweis, es handele sich bei den AfD-Erfolgen vorrangig
81 um ein Phänomen ländlicher oder sogenannter „abgehängter“ Regionen geht fehl: Einerseits gibt es
82 auch in wirtschaftlich prosperierenden Regionen in den alten Bundesländern hohe AfD-Erfolge,
83 andererseits gibt es extrem ländlich geprägte Regionen, in denen die Rechtspartei kaum Erfolge
84 einfahren kann. Den Rassismus als Kern der AfD zu verneinen und vorrangig diffusen Protest als Motiv
85 für die Wahl der Partei zu analysieren, verharmlost die jüngsten Entwicklungen. Auffällig ist, dass die
86 starken AfD-Regionen Überschneidungen mit jenen Bundesländern aufweisen, die in
87 jahrzehntelanger Kontinuität konservativ regiert wurden und entsprechende Orientierungen durch
88 staatliche Institutionen, Regierungspraxis, Tradierungen und Geschichtspolitik Lebensrealität wurden.
89 In Thüringen wird deutlich, dass die offen extrem rechten Positionen der hiesigen AfD dem Zuspruch
90 keinen Abbruch tun. Sie werden mindestens trotzdem, zunehmend aber offenbar wegen ihrer
91 Positionen gewählt. Jedoch hat ihre Mobilisierungsfähigkeit auf den Straßen sichtlich abgenommen.

92
93 Die abstrakte Anrufung von „Sozialer Sicherheit“ hatte bei dieser Wahl keinen Erfolg – weder für die
94 SPD noch für DIE LINKE, obwohl diese einen deutlichen Vorsprung bei der Glaubwürdigkeit in diesem
95 Themenfeld hat. Zentrale Themen der Wahl waren (Un-)Sicherheiten, Kontrolle und Flüchtlinge, wenn
96 man dem Themen-Setting der großen Talkshows glaubt. Dabei wurde Sicherheit vor allem als innere
97 Sicherheit verstanden, nicht als soziale Sicherheit oder als Planbarkeit des Lebens. DIE LINKE kämpfte
98 im Wahlkampf gegen breit verankerte politische Emotionen. Dabei stand die Stimmungslage oft in
99 keinem direkten, rationalen Zusammenhang mit den realen Wirtschafts- und Sozialdaten. Aber diese
100 stehen in wesentlichen Teilen der Gesellschaft dem tatsächlich Erleben und den sozialen
101 Lebensrealitäten vieler Menschen entgegen: Angst vor sozialem Abstieg, kaum Planbarkeit des
102 Lebens, prekäre Beschäftigung, Altersarmut, usw. Selbst jene Menschen, die ihre eigene Situation
103 positiv einschätzen, erleben die ungleiche Verteilung von Einkommen und Besitz Tag für Tag oder in
104 ihrem direkten Umfeld von Familie, Kolleg_innen und Bekannten.

105

106 Zu den emotional prägenden Themenbereichen gehören – neben den in einigen Regionen Thüringens
107 spezifischen Themen Gebietsreform und dem Bau von Windkraftanlagen - die Fragen eines
108 komplexen und perspektivischen (Un-)Sicherheitsgefühls, das wesentlich von Verlustängsten um die
109 in der eigenen Wahrnehmung bewährten Strukturen geprägt ist (Flüchtlingsaufnahme, Europa,
110 Globalisierung, Reform der staatlichen Verwaltung usw.). Die AfD trifft somit neben dem bekannten
111 rechten Einstellungspotential auf eine Grundstimmung der Verunsicherung ob des Fortbestehens der
112 - nach dem nach 1989/'90 bereits einmal erlebten tiefen Einschnitt in persönliche und
113 gesellschaftliche Lebensbedingungen - entstandenen sozialen und sozio-kulturellen Strukturen. Es
114 ging um Kontrolle und Sicherheit gegenüber Einwanderung, gegenüber Gefahren von Außen –
115 gegenüber den Flüchtlingen, die als Boten des Übels der Welt gedeutet wurden. Es ging nicht um eine
116 solidarische Verteidigung gegenüber Armut oder Ausbeutung, sondern um die Befürchtungen,
117 Verlierer weiterer Globalisierung und vor allem der Digitalisierung von Arbeit zu werden.

118
119 DIE LINKE hat bundesweit mit einem Zuwachs von mehr als 500.000 Stimmen ihr zweitbestes
120 Ergebnis bei Bundestagswahlen erzielt. Dieser Gewinn speiste sich aus guten Ergebnissen in den alten
121 Bundesländern, vor allem in den Großstädten und Zugewinnen in Berlin. Gewonnen hat DIE LINKE vor
122 allem unter jüngeren Wähler_innen und Akademiker_innen. Schlechtere Ergebnisse erzielten wir bei
123 Erwerbslosen und Arbeiter_innen. Wir müssen einen deutlichen Umbruch in unserer Wählerschaft
124 feststellen. In Thüringen konnte DIE LINKE ihr seit 1990 nur zweitschlechtestes Ergebnis einer
125 Bundestagswahl erreichen. Der Umbruch unserer Wählerschaft prägt auch das Thüringer Ergebnis.
126 Wir haben überdurchschnittlich in den aufstrebenden Städten abgeschnitten, wo ein jüngeres,
127 akademisches und urbaneres Milieu beheimatet ist. Hier fielen die Verluste deutlich geringer aus, als
128 im Landesdurchschnitt. In Jena konnten wir sogar Stimmen gewinnen. Der altersbedingte Verlust von
129 Stammwähler_innen schreitet fort und kann bisher aufgrund der geringeren Zahl an jüngeren
130 Wähler_innen in Thüringen nicht durch Erst- und Jungwähler_innen kompensiert werden. In
131 ehemaligen Hochburgen, die von der dynamischeren Entwicklung der Zentren in Mittelthüringen
132 abgehängt wurden oder durch eine eher industrielle Struktur geprägt sind, haben wir deutliche
133 Verluste erlitten und liegen kaum noch über dem Landesdurchschnitt. Besonders verloren wir im
134 ländlichen Raum.

135
136 Der Aufstieg der AfD steht in einem Zusammenhang mit dem schlechten Abschneiden der LINKEN in
137 den neuen Bundesländern. Besonders in infrastrukturell und sozial „abgehängten“ Räumen ist eine
138 Parallelität unserer Verluste zu guten AfD-Ergebnissen erkennbar. Zu diesen Beobachtungen passen
139 die Ergebnisse der Jenaer Studie „Arbeit und Leben in Ostthüringen“, in der ein Zusammenhang
140 gefühlter sozialer Desintegration und Verfallswahrnehmung der Region mit Rassismus und
141 Sozialdarwinismus festgestellt wurde. Von der gestiegenen Wahlbeteiligung konnten DIE LINKE und
142 das Mitte-Links-Spektrum in Thüringen kaum profitieren. Nur in Jena war offenbar eine
143 demokratische Mobilisierung gegen die AfD erfolgreich.

144
145 Die Verluste in Thüringen sind nicht allein durch den demographischen Wandel und den Aufstieg der
146 AfD zu erklären. Hinzu kommen weitere Faktoren, die sich in geringerem Maße negativ ausgewirkt
147 haben. Unzufriedenheit mit einem Teil der Politik der Landesregierung gehört dazu. Wir haben es
148 nicht vermocht, in drei Jahren aus der parlamentarischen Mehrheit eine gesellschaftliche Mehrheit
149 zu erzeugen. Hinzu kommt ein nicht eingetretener Effekt, den wir im Wahlkampf unterstellt haben:
150 Wir hatten gehofft, aus der Landespolitik mobilisierende Impulse für einen auch auf Bundesebene
151 notwendigen und wünschenswerten Wechsel zu Rot-Rot-Grün hervorzurufen. Auch die nicht
152 ausreichende Arbeit am Parteaufbau in Thüringen seit 2005 ist ein Faktor. Obwohl spätestens ab
153 2010 eine fundierte Debatte über strukturelle Probleme der Partei angestoßen wurde (u.a.
154 Strategiepapier und Parteitagsbeschluss „Politik für eine Zukunft, die heute beginnt“ oder
155 „Strukturkonzept 2020“) folgte keine konsequente Praxis. Aus dem Wahlergebnis vom 24. September
156 2017 ist die dringende Aufgabenstellung für die gesamte Partei abzuleiten, begonnene
157 Modernisierungen und Veränderungen nicht nur fortzusetzen, sondern einen Organisierungsschub
158 der Partei zu beginnen. Diese strukturellen Probleme und die geringe Priorisierung des Parteaufbaus

159 wurden - wie die Altersstruktur unserer Wählerschaft – bislang stets durch gute Wahlergebnisse
160 überdeckt.

161

162 Es braucht künftig eine starke Orientierung, Verantwortlichkeit und Kommunikationslinie des
163 gesamten Landesvorstandes gemeinsam abgestimmt mit Bodo Ramelow als profiliertesten LINKEN im
164 Land. Auch unsere anderen Vertreter_innen in der Landesregierung haben durch ihre mediale
165 Präsenz eine hohe politische Verantwortung für die öffentliche Darstellung und Wirkung der Partei in
166 Thüringen.

167

168 Neben den wichtigen Kommunalwahlen 2018 und 2019 sowie der Europawahl 2019 muss für uns nun
169 die Vorbereitung der Landtagswahlen 2019 ab sofort auf der Agenda ganz Oben stehen.

170

171 1. Bei der nächsten Landtagswahl 2019 ist unser Ziel, das Wahlergebnis des Jahres 2014 zu
172 wiederholen.

173

174 2. Ziel unserer Politik bis 2019 muss eine erneute Mehrheit für #r2g und die Fortsetzung der
175 Rot-Rot-Grünen Landesregierung sein.

176

177 3. Wir werden LINKE Positionen zu stärken: Wir müssen inhaltlich unsere Politik weiterdenken
178 und uns organisatorisch neu aufstellen. U.a. wollen wir die Verankerung der Partei in der
179 Gesellschaft ausbauen.

180

181 4. Wir wollen, dass die AfD perspektivisch wieder aus den Parlamenten verdrängt werden.

182

183 5. Wir müssen aufhören, „Volkspartei im Osten“ mit „Partei für Alle“ zu verwechseln. Wir haben
184 klare Adressaten und Zielgruppen unserer Politik, die wir durch spezifische Angebote und
185 Aktivitäten erreichen können.

186

187 Dazu müssen konkrete Schritte eingeleitet werden:

188

189 1. Wir werden linke populäre und positiv besetzte Politik entlang von drei zentralen Erzählungen
190 entwickeln, in die wir unsere fachspezifische Politik einordnen (zum Beispiel
191 „Sozialstaatsgarantie“, „Sicher leben können“, „Keiner wird zurückgelassen“, „Gutes Arbeiten
192 und Wirtschaften in Thüringen“ oder „Gerecht für Alle“). Das untermauern wir besser als
193 bisher mit konkreten Vorhaben und politischen Projekten. Hier geht es nicht vorrangig um
194 Öffentlichkeitsarbeit, sondern um eine schlüssige Konzeptionierung linker Politik und linker
195 Praxis – von der Idee über die Umsetzung bis zur öffentlichen Begleitung. Wir müssen
196 Antworten finden auf die zentrale Frage: Wie wollen wir künftig leben?

197

198 2. „Facherzählungen“, die nur bestimmte Gruppen erreichen, sind unerlässlich für die
199 Ansprache spezifischer linker und links-offener Milieus. Sie müssen aber auf eine
200 übergeordnete Erzählung bezogen werden. Ohne gezielte Ansprachen von Milieus verankern
201 wir uns auch nicht weiter in der Gesellschaft.

202

203 3. Wir artikulieren deutlich wahrnehmbar als bisher die Forderung und den Anspruch, dass
204 endlich tatsächlich die Anpassungen von Löhnen und Renten zwischen Ost und West
205 vorgenommen werden. Dafür brauchen wir politische Konzepte, aber vor allem massiven
206 politischen und gesellschaftlichen Druck auf die Bundesregierung. Unser Anspruch: Weg mit
207 der Diskriminierung des Ostens in dieser Legislaturperiode!

208

209 4. Das Verhältnis Regierung – Fraktion – Partei - Außerparlamentarisches muss vor dem
210 Hintergrund der Regierungsarbeit neu austariert werden. Wir sind sowohl Regierungspartei
211 im Land als auch gesellschaftliche Opposition. Im Sinne des strategischen Dreiecks gestalten

- 212 wir das Hier und Jetzt, setzen auf Protest und Widerstand und Halten an der Vorstellung eines
213 demokratischen Sozialismus als Gegenbild zur Ausbeutung im Kapitalismus fest. Dazu müssen
214 wir den Blick von Parlament und Regierungsapparat ein Stück weit wieder auf die
215 Gesellschaft richten. Das Verhältnis zu Gewerkschaften, ökologischen und sozialen
216 Verbänden, antikapitalistischen Bewegungen sowie zu Wohlfahrtsverbänden gilt es zu
217 verbessern. Zu kulturellen wie intellektuellen Akteur_innen müssen Regierungsmitglieder,
218 Fraktion wie Partei stabilere und konkretere politische Beziehungen aufbauen.
219
- 220 5. Es braucht zwingend eine bessere Kommunikation der Arbeit und der politischen Erfolge der
221 Landesregierung und deren Einordnung in den Koalitionsvertrag „Thüringen gemeinsam
222 voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch“. Dazu brauchen wir eine
223 Kommunikationsoffensive mit Wähler_innen und Sympathisant_innen, die gleichzeitig
224 dialogische Formen mit Einzelnen einschließt, um uns gesellschaftlich auch jenseits
225 organisierter Interessen zu verankern.
226
- 227 6. In unserer Neuorientierung müssen die für DIE LINKE neuen Milieus auch in unseren
228 politischen Strukturen Berücksichtigung finden. So können neue Mitglieder der letzten
229 Wochen und Jahre nicht einfach in alte Strukturen gepresst werden. An unsere veränderte
230 Mitglieder- und Wähler_innenzusammensetzung angepasst müssen wir unsere
231 Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen weiterentwickeln. Dies bedeutet auch
232 bisherige Entscheidungen zu Aufgaben der Kreisverbände und des Landesverbandes zu
233 überdenken. In einigen Fragen erscheint uns Zentralisierung sinnvoll (z.B.
234 Mitgliederverwaltung). Wichtiger ist aber eine Debatte gemeinsam mit den Kreis- und
235 Stadtverbänden über Strukturen, die neue und jüngere Gruppen von Mitgliedern ansprechen
236 und in die Parteiarbeit einbinden können. Dazu bedarf es möglicherweise auch der Prüfung
237 von Satzungen und Finanzordnung.
238
- 239 7. Ein künftiger Landesvorstand muss in der Breite und nicht nur durch den geschäftsführenden
240 Vorstand mehr Führungsverantwortung für die Partei übernehmen – das heißt unter
241 anderem auch Orientierung in den politischen Alltagsfragen kollektiv zu entwickeln. Diese
242 Debatten sind nicht allein Aufgabe des geschäftsführenden Vorstands oder gar von
243 Mitgliedern der Landtagsfraktion. Dazu müssen verständliche Leitlinien, etwa beispielsweise
244 zum Umgang mit der AfD, mit einzelnen Entscheidungen der Landesregierung oder den
245 Umgang mit neuen Bewegungen und neuen sozialen Phänomenen gegeben werden. Diese
246 Orientierung soll Aktive, Mitglieder und Umfeld dabei stärken, vor Ort Auseinandersetzungen
247 zu führen und mit anderen Milieus dialog- und konfliktfähig zu sein und für Erfolge der rot-
248 rot-grünen Koalition und v.a. der LINKEN darin werben zu können. Dazu gehört auch die
249 Debatte und Entwicklung eines Leitbilds „Thüringen 2040“, mit dem wir linke Landespolitik
250 und -entwicklung beschreiben wollen, auch um konkrete Antworten auf die
251 unterschiedlichen Entwicklungen einzelner Regionen in Thüringen und für eine Stärkung des
252 ländlichen Raums und kleiner Städte mit konkreten Vorschlägen zu finden.
253
- 254 8. Wir brauchen mehr Politische Bildung, um unsere Mitglieder und Funktionsträger_innen zu
255 qualifizieren. Ein guter Weg wurde mit den Grundlagenseminaren beschritten. Künftig
256 müssen wir die Arbeit mit den Kreisvorstandsmitgliedern intensivieren, die spezifische
257 Aufgaben erfüllen (Geschäftsführung, Mitgliederbetreuung, Politische Bildung, Kampagnen,
258 etc.), um deren Arbeit vor Ort zu stärken und deren Anregungen und Erfahrungen auf zu
259 nehmen. Ebenso braucht es einen regelmäßigen Austausch zwischen Mitgliedern von LAGen,
260 Landtagsfraktion und Partei.
261
- 262 9. Wir brauchen eine effektivere Neuordnung der Mitgliederverwaltung und -betreuung –
263 gerade auch vor dem Hintergrund eines massiven biographisch bedingten Umbruchs in der
264 aktiven Mitgliedschaft und unter Funktionsträger_innen und den aktuell vergleichsweise

265 vielen Neueintritten. Während es einigen Kreisverbänden gelingt, neue Mitglieder schnell vor
266 Ort gut zu betreuen und effizient zu verwalten, kommt es anderswo zu Problemen – gerade
267 bei Genoss_innen, die nicht-digital eintreten. Hier wird die Landesebene oft gar nicht
268 informiert. Auch bei der Betreuung und Einbeziehung von Mitgliedern, der Nutzung der
269 Datenbank „Linksaktiv“ und Gespräche bei Austritten braucht es neue Lösungen und mehr
270 Engagement bei der Werbung und Betreuung von Mitgliedern. Wollen wir junge Menschen
271 langfristig an uns binden und an unserer Arbeit aktiv beteiligen, braucht es Angebote für
272 neue Formen des Engagements (Parteiarbeit als „social event“ für unterschiedliche
273 Generationen, andere Formen von Mitgliederversammlungen, mehr gezielte Kommunikation
274 über Mobilgeräte, Mikroprojektförderung, ...) und bessere Vereinbarkeit von Beruf,
275 Engagement und Freizeit. Denn Partei ist nicht nur Arbeit im Vorstand und Stadtratssitzung.

276
277 10. Unsere Landearbeitsgemeinschaften können wichtige Instrumente für die Integration von
278 aktiven Mitgliedern und Sympathisant_innen sein, ebenso für die Verankerung in der
279 Gesellschaft, und dienen der inhaltlichen und politischen Weiterentwicklung unserer Partei.
280 Wir werden die Arbeitsgemeinschaften unterstützen.

281
282 11. Zur Parteientwicklung gehört nicht nur der Blick in unseren Landesverband, sondern auch in
283 andere Länder und den Bund. Als stabiler und vergleichsweise starker Landesverband haben
284 wir hier eine hohe Verantwortung für die Entwicklung der gesamten Partei als verbindende
285 und offene Mitgliederpartei. Streit in der Bundespartei hat negative Auswirkungen auch auf
286 unsere Arbeit und unsere Wahlergebnisse. Wir werben, ebenso wie gegenüber den
287 Menschen und den Wähler_innen auch in der Partei bundesweit für unsere Arbeit in der
288 Regierung. Der Thüringer Landesverband hat sich in der Vergangenheit auch immer als
289 Bundesglied zwischen Ost und West verstanden – wir sollten dies wieder stärker in den
290 Mittelpunkt rücken, unter anderem durch mehr Austausch und wieder wechselseitige
291 Wahlkampfunterstützung voranbringen.

292
293 12. Der Wahlzyklus 2017 - 2019 ist mit der Bundestagswahl nicht so erfolgreich gestartet, wie
294 erhofft. Allerdings gibt uns das Thüringer Ergebnis die Möglichkeit, die Instrumente für die
295 Wahlkämpfe 2018 (hauptamtliche kommunale Amtsträger) und 2019 (Kommunal- und
296 Europawahl) zu schärfen und anzupassen. Mit einer gemeinsamen politischen Strategie der
297 linken Akteure in Landesregierung, Fraktion, Kommunalbereich und allen Ebenen der Partei
298 wird es wahrscheinlicher, diese Wahlen erfolgreich zu gestalten. Diesen Auftrag muss der
299 zukünftige Landesvorstand als Hauptaufgabe über die nächsten zwei Jahre begreifen.

300
301 Nach der Wahl ist vor der Wahl. Ab heute ist Wahlkampf! Für eine starke Linke!